

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39  
Telex: 868 846 ppbn d  
Telefax: 21 06 64



## Inhalt

Björn Engholm zu den  
Wahlergebnissen in  
den neuen Bundeslän-  
dern; Nicht klagen,  
sondern zulegen.

Seite 1

Robert Antretter MdB  
zu den Perspektiven  
unseres Kontinents:  
Europa endet nicht  
mehr an der Elbe

Seite 2

### Dokumentation:

Annemarie Renger, Vi-  
zepräsidentin des  
Deutschen Bundesta-  
ges, hielt anlässlich der  
Einweihung einer Ge-  
denkplatte am Ge-  
burtshaus von Dr. Kurt  
Schumacher in  
Chalmo/Kulm am 13.  
Oktober 1990 eine  
Rede, die wir im Wort-  
laut dokumentieren.

Seite 4

45. Jahrgang / 197

15. Oktober 1990

### Nicht klagen, sondern zulegen

**Zu den Wahlergebnissen in den neuen Bundesländern**

**Von Björn Engholm  
Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein  
Mitglied des SPD-Präsidiums**

Die CDU hat unbestritten einen Wahlsieg von besonderen Ausmaßen in die Scheuer gefahren. Für die SPD in den neuen Bundesländern bedeutet es, daß sie sich in zumindest drei Parlamenten auf den harten Bänken der Opposition einrichten muß.

Für die dort anstehende Arbeit ist es dringend erforderlich, daß die gesamte SPD sich aufgerufen fühlt, mit Rat und Tat, mit persönlichem und politischem know-how zur Seite zu stehen, wo immer es geht.

Nicht Beklagen, sondern Analyse und die Erarbeitung stetiger Strategien muß nun im Vordergrund unserer Arbeit stehen. Für mich ist dies vor allem eine Konzentration der Kräfte auf überschaubar und prononciert vermittelbare Themen. Ich denke, daß ein paar Fragen schärfer herausgestellt und thematisiert werden müssen, die von der Union und den mit ihr regierenden Parteien vernachlässigt oder verschwiegen werden.

Das Eintreten für Toleranz und Liberalität in einer größer gewordenen Republik, die drängenden Fragen des ökologischen Umbaus der Industriegesellschaft und die sozialen Komponenten verantwortlicher und verantwortbarer Politik sollten in den Vordergrund gestellt werden.

Die SPD hat den Löwenanteil der letzten Wahlen gewonnen, aus 13 von 18 sind wir als Sieger oder gestärkt hervorgegangen - die Ergebnisse des letzten Wochenendes sind wahrlich kein Grund zum Jubeln - sie dürfen jedoch nicht den Blick für die Kraft der SPD verstellen, die diese Partei insbesondere dann ausgezeichnet hat, wenn es "um die Wurst" ging.

Ich erwarte, daß die Situation in wenigen Wochen schon deutlich anders zu betrachten ist und daß es Oskar Lafontaine und der SPD gelingt, die bundespolitische Komponente der anstehenden Wahl am 2. Dezember deutlich zu machen.

Das Wetter ist sicherlich rauher geworden, aber die SPD hat zuzulegen und wird es tun.

(-/15.10.1990/rs/rü)

\*\*\*\*\*

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Kreisverleger-Verband  
mit wertvollen Rohstoffen  
Erzeugung Papier



**Europa endet nicht mehr an der Elbe  
Zu den Perspektiven unseres Kontinents**

**Von Robert Antretter MdB**

**Vorsitzender des Bundestags-Unterausschusses für Fragen der Europäischen Gemeinschaft**

**Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates**

I.

Seit dem 3. Oktober 1990 gibt es keinen eisernen Vorhang mehr in Europa. Die Mauer ist gefallen. Deutschland ist ein Staat. Dies war nur möglich, weil die Sowjetunion mit Gorbatschow die Nachkriegszeit beenden und Anschluß an die europäische Wirtschaftsgemeinschaft finden wollte. Um so größer ist jetzt die deutsche Verantwortung. Die positive Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen ist ein Schlüssel für die politische Neuordnung Europas.

II.

Wenn bisher unterdrückte Völker Reisefreiheit und Freizügigkeit gewinnen, wenn staatliche Grenzen durchlässig werden, dann gibt es mit neuen Chancen immer auch neue Risiken. Es gibt die Gefahr einer chaotischen Destabilisierung durch die neue Ostwest-Völkerwanderung, weil das Wohlstandsgefälle in Europa zu groß ist. Es gibt aber auch die Gefahr einer bornierten Binnenorientierung, die vor der weltpolitischen Verantwortung gegenüber den armen Ländern des Südens versagt. In der Mitte Europas braucht Deutschland eine vernünftige Einwanderungspolitik, die den Zuzug fremder Menschen steuert, um Überforderungen zu vermeiden.

III.

Für eine demokratische Entwicklung Europas ist die Verbesserung der Lebensbedingungen im Osten die elementare Voraussetzung. Notwendig ist ein Soforthilfeprogramm der Europäischen Gemeinschaft für Polen und für die Sowjetunion, darüber hinaus ein neuer Marshall-Plan für ganz Südosteuropa.

IV.

Entscheidende Bedingung für die Zustimmung der ehemaligen Siegermächte zur deutschen Einigung war die endgültige Anerkennung der Westgrenze Polens. Nur auf der Respektierung aller Grenzen in Europa kann jetzt die neue Friedensordnung aufgebaut werden. Jedoch darf die Oder-Neiße-Linie keine neue Wirtschaftsmauer werden. Für Deutschland ist die Aussöhnung mit dem polnischen Volk, genau so wichtig wie die deutsch-französische Freundschaft.

V.

Eine Wirtschaftsfestung Europa darf es nicht geben. Deutschland muß Motor der politischen Einigung sein. Ziel sind die Vereinigten Staaten von Europa, eine Wirtschafts-, Sozial- und Umweltgemeinschaft von allen Staaten in Europa. Im europäischen Wirtschaftsraum, der zeitgleich mit dem Binnenmarkt inkraft treten muß, sollen EG und EFTA gemeinsam den wirt

schäftlichen und politischen Aufbau Osteuropas fördern den inneren Nord-Süd-Konflikt abzubauen, um die Demokratisierung voranzubringen vom Atlantik bis zum Ural.

VI.

Reformen in der EG sind unverzichtbar: Das Europäische Parlament muß zur echten Legislative werden. Der EG-Haushalt braucht eine neue Agrarpolitik, weil immer noch für sinnlose Agrarüberschüsse fünfmal soviel ausgegeben wird wie für die Bekämpfung der sechzehnmaligen Arbeitslosigkeit. Die Strukturfonds sind aufzustocken, weil Armut, von der allein im EG-Raum 43 Millionen Menschen betroffen sind, weiter zunehmen wird im neuen Europa.

VII.

Ein Europa ohne Grenzen muß für den einzelnen Bürger erfahrbar werden. Die Bürgerfreiheiten müssen in einer weitoffenen Gesellschaft gelebt werden können, damit sich ein Europa der Regionen entfalten kann. Worauf es ankommt, ist die systematische Stärkung des Föderalismus und des Prinzips der Subsidiarität. Ein demokratisches Europa braucht starke kleine Einheiten, soviel Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger wie nur möglich.

VIII.

Für die sicherheitspolitische Behauptung Europas ist jetzt der Mut zur radikalen Abrüstung gefordert. Die alten Militärblöcke NATO und Warschauer Pakt haben ihre Berechtigung verloren. Für eine Übergangszeit leisten sie noch Prozeßstabilität bei Maßnahmen zur kontrollierten Abrüstung und Rüstungskonversion. Gemeinsame Sicherheit in Europa verlangt die konsequente Umsetzung der Philosophie struktureller Angriffsunfähigkeit. Das heißt: neue NATO-Strategie und waffentechnische Umrüstung auf reine Defensive, also weg mit Projekten wie Jäger 90, sowie hinlängliche Truppenstärken, was für die deutsche Bundeswehr 200.000 Mann mit neuen Aufgaben, auch im Umweltbereich, bedeuten könnte.

IX.

Der KSZE-Prozeß muß gesamteuropäische Sicherheit neu definieren und gesamteuropäische Strukturen aufbauen. Daran muß das Europäische Parlament gleichberechtigt beteiligt sein, weil wir ein breites Beziehungsgeflecht wirtschaftlichen, politischer und kultureller Art brauchen, um die europäische Friedensordnung stabil zu machen.

X.

Das kulturelle Europa, das Europa der Verwirklichung von Menschen- und Bürgerrechten, spiegelt sich im Europarat, dessen parlamentarische Versammlung eine Brückenfunktion innehat zwischen West und Ost. Unsere Vision ist eine europäische Gesellschaft, die offen ist für kulturelle Einflüsse. Wer nationale Kulturwerte hochhalten will, verunsichert die Menschen, schürt Überfremdungsängste und fördert die Empfänglichkeit für rechtsradikale Parolen. Wir stellen uns den manchmal schwierigen kulturellen Anpassungsprozessen. Das eingebrachte Erbe wird in dem Neuen fortleben. Kulturelle Identität ist am besten in Regionen zu bewahren. Toleranz gegenüber den mitgebrachten Kulturen und Offenheit diese anzunehmen, aber auch sie abzulehnen, - das sind Kennzeichen europäischer Zivilisation.

XI.

Das gemeinsame europäische Haus muß wohnlich sein für alle. Es muß von unten nach oben gebaut werden. Deshalb muß soziale Gerechtigkeit das Fundament sein, nach innen wie nach außen. Dies erfordert Wahrhaftigkeit im Umgang mit der Geschichte und Gegenwart Europas. Das Erbe des Kolonialismus verlangt echte Hilfen zur Selbsthilfen für die Dritte Welt. Das Erbe des europäischen Imperialismus und des Faschismus fordert vom neuen Europa, wirklich alles dafür zu tun, um den Frieden in der Welt sicher zu machen.

(-/15.10.1990/rs/ks)

\*\*\*\*\*

Robert Antretter trug diese Thesen heute auf der "Rüstzeit" für Mitarbeiter und Mitarbeiter der evangelisch-lutherischen Kirche in Bayern auf dem Hesselberg (Franken) vor.

## **DOKUMENTATION**

### **Annemarie Renger: Kurt Schumacher, die Freiheit und die Einheit**

Annemarie Renger, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, hielt anlässlich der Einweihung einer Gedenkplakette am Geburtshaus von Dr. Kurt Schumacher in Chelmo/Kulm am 13. Oktober 1990 eine Rede, die wir im Wortlaut dokumentieren.

Am 13. Oktober, dem 95. Geburtstag des Wiederbegründers der deutschen Sozialdemokratie in seinem Geburtsort Kulm - Chelmo an der Weichsel anwesend sein zu können, ist für mich, meine Damen und Herren, als seiner engsten Mitarbeiterin eine besondere Freude.

Ich stehe auch jetzt noch ganz unter dem Eindruck der Feierstunde an seinem Geburtshaus.

Gestatten Sie dennoch, daß Ich diese Gelegenheit unseres Zusammentreffens nutzen möchte, um Ihnen allen, die sie an dem Zustandekommen dieses historischen Augenblicks beteiligt gewesen sind, meinen tief empfundenen Dank, auch im Namen meines Parteivorsitzenden Dr. Hans-Jochen Vogel, zu sagen.

Der deutsche Patriot und internationale Sozialdemokrat, den wir heute in der Person von Dr. Kurt Schumacher ehren, stand wie wohl kaum eine andere politische Persönlichkeit Nachkriegsdeutschlands mit seinem politischen Lebenswerk für die geistig-moralische Erneuerung Deutschlands nach der Barbarei des Nationalsozialismus.

Seine Ablehnung aller Formen von Totalitarismus war kein bloßes Lippenbekenntnis.

Kurt Schumacher ist in der Zeit des Nationalsozialismus unbeugsam gegenüber der Ideologie des deutschen Faschismus geblieben.

Er hat - Holger Börner erinnerte bereits daran - aufgrund dieser politischen Haltung zehn Jahre in Hitlers Konzentrationslagern verbringen müssen.

Nach dem Ende der Nazi-Diktatur hat Kurt Schumacher mit aller gebotenen Entschiedenheit und Leidenschaft für einen grundlegenden demokratischen Wandel gestritten, der nur auf der Basis von Freiheit und Recht möglich wurde.

Für ihn galt ein allgemeingültiges politisches Prinzip, nämlich: wer Freiheit will, muß auch ihre Voraussetzungen wollen, nämlich eine Staats- und Gesellschaftsordnung schaffen, die es dem Menschen erlaubt, im Bewußtsein zu leben, national und international nicht Objekt, sondern Subjekt ihrer Lebensordnung zu sein.

Hier in der Republik Polen dieses zu sagen, heißt sich der politischen Verantwortung der Deutschen gegenüber unserem polnischen Nachbarn besonders bewußt zu sein.

War dieses Land in seiner bewegten Geschichte nicht viel zu oft Objekt gewesen?

Erst durch die grundlegend veränderten demokratischen Strukturen, die sich jetzt in ihrem Land nach vielfachen, unterdrückten Versuchen durchgesetzt haben, ist es möglich geworden, daß sich Deutsche und Polen frei von jeglicher äußeren Beeinflussung zu ihrer jeweiligen Nationalgeschichte bekennen können.

Erst jetzt, unter den veränderten internationalen Bedingungen, die wir in Europa gemeinsam herbeigeführt haben, ist es möglich geworden, auch einen neuen Zugang zu der unsere Beziehungen viele zu lange belastenden Frage der polnischen Westgrenze zu eröffnen, deren Endgültigkeit wir anerkennen.

Mein politischer Mentor Kurt Schumacher hatte aus seinen historischen Erfahrungen mit allen Formen des Totalitarismus vor und nach dem Zweiten Weltkrieg immer dafür plädiert, daß nur freie Völker frei über ihre Beziehungen entscheiden können.

Deshalb hat Kurt Schumacher daher Zeit seines Lebens an der Einheit seines Vaterlandes festgehalten.

Er wußte aus eigener Anschauung nach dem Ersten Weltkrieg wie wesentlich territoriale und Minderheiten-Probleme besonders in Grenzregionen das Verhältnis zum geographischen Nachbarn bestimmen, ja vergüten können.

Die den Völkern Ost- und Südosteuropas aufgezwungene Ideologie des Kommunismus und das Einzwängen in ein System der Unfreiheit, das auch einen Teil Deutschlands umfaßte, konnte nach seiner Auffassung keine tragfähige Grundlage für eine dauerhafte Aussöhnung zwischen unseren beiden Völkern abgeben.

Jetzt, nach langen, schweren und leidvollen Jahren des allmählichen Aufbrechens des ehemaligen sowjetischen Imperiums ist es möglich geworden, daß wir uns auf der Basis von Freiheit und Gleichheit begegnen.

Nicht mehr als fremdbestimmte Objekte, sondern als selbstbestimmte Subjekte können wir unsere gegenseitigen Fragen und Probleme im Sinne von zwei zentralen Handlungsmaximen lösen, für die Kurt Schumacher sein Leben lang eingestanden ist: Freiheit und Verantwortung.

Nur weil wir überzeugt waren und sind, daß auf der Grundlage der Selbstbestimmung sowohl der Einzelpersonen wie der Völker tragfähige Beziehungen geschaffen werden können, sind wir so hoffnungsvoll hinsichtlich einer gemeinsam zu gestaltenden Zukunft unserer beiden Völker.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch folgendes sagen: vor einigen Tagen waren in Berlin der Außenminister Ihres Landes und der Sejm-Marschall Gast eines Internationalen Symposiums des deutschen Helsinki Menschenrechts-Komitees, deren Vorsitzende ich bin.

Ihr Außenminister, Herr Skubiszewski, hat dort über die europäische Dimension des demokratischen Veränderungsprozesses in diesem Teil der Welt in eindrucksvoller Weise Stellung genommen.

Der KSZE-Prozess hat dazu geführt, daß sich Europa auf dem Wege zu neuen, demokratischen Institutionen befindet.

Dafür sind wir vor allem auch unseren polnischen Nachbarn, dem ungarischen Volk und unseren Landsleuten dankbar, die es vermocht haben, eine friedliche Revolution in ihrem Teil Deutschlands durchzuführen, die auch die Anerkennung der sowjetischen Führung gefunden hat.

Minister Skubiszewski führte aus: "Was die Zukunft des deutsch-polnischen Zusammenseins betrifft, bin ich optimistisch. Es gibt Probleme und Schwierigkeiten, die Versöhnung aber hat sich schon in großem Maße durch menschliche Kontakte und den Generationswechsel vollendet...Die schweren Verbrechen und Leiden aus der Kriegszeit werden zur Vergangenheit, besonders in den Augen der jungen Generation."

Aber hier in Chelmo/Kulm - so möchte ich hinzufügen - werden wir alle und für immer auf die Verbrechen des Nazi-Regimes, die auf ewig mit dem Namen Auschwitz verbunden bleiben werden, gestoßen.

Und der Außenminister der Republik Polen fuhr dann fort: "Ich habe ein tiefes Verständnis für die Leiden jener Deutschen, die Infolge der Kriegshandlungen, Vertreibung oder Aussiedlung ihre Heimat verloren haben. Diese Deutschen haben viel Leid und Ungerechtigkeit erfahren. Es ist für mich schwierig, und es tut mir leid, daß es dazu gekommen ist."

Wir alle sind jetzt aufgerufen, ein neues Kapitel in unseren bilateralen Beziehungen durch Taten, nicht nur durch Worte aufzuschlagen.

Dabei denke ich natürlich auch an materielle Hilfe meines Landes für das freie polnische Volk, weil sich darin der Neuanfang konkretisiert.

Ich bin sicher, daß unser Volk, der Deutsche Bundestag und seine Regierung, gleich welche der großen demokratischen Parteien sie führt, sich dieser besonderen Verpflichtung stets bewußt bleiben wird.

In einem freien Europa finden die Völker leichter zueinander.

Deutsche und Polen können dies in der vor uns liegenden Zeit unter Beweis stellen.

(-/15.10.1990/rs/ks)

\*\*\*\*\*